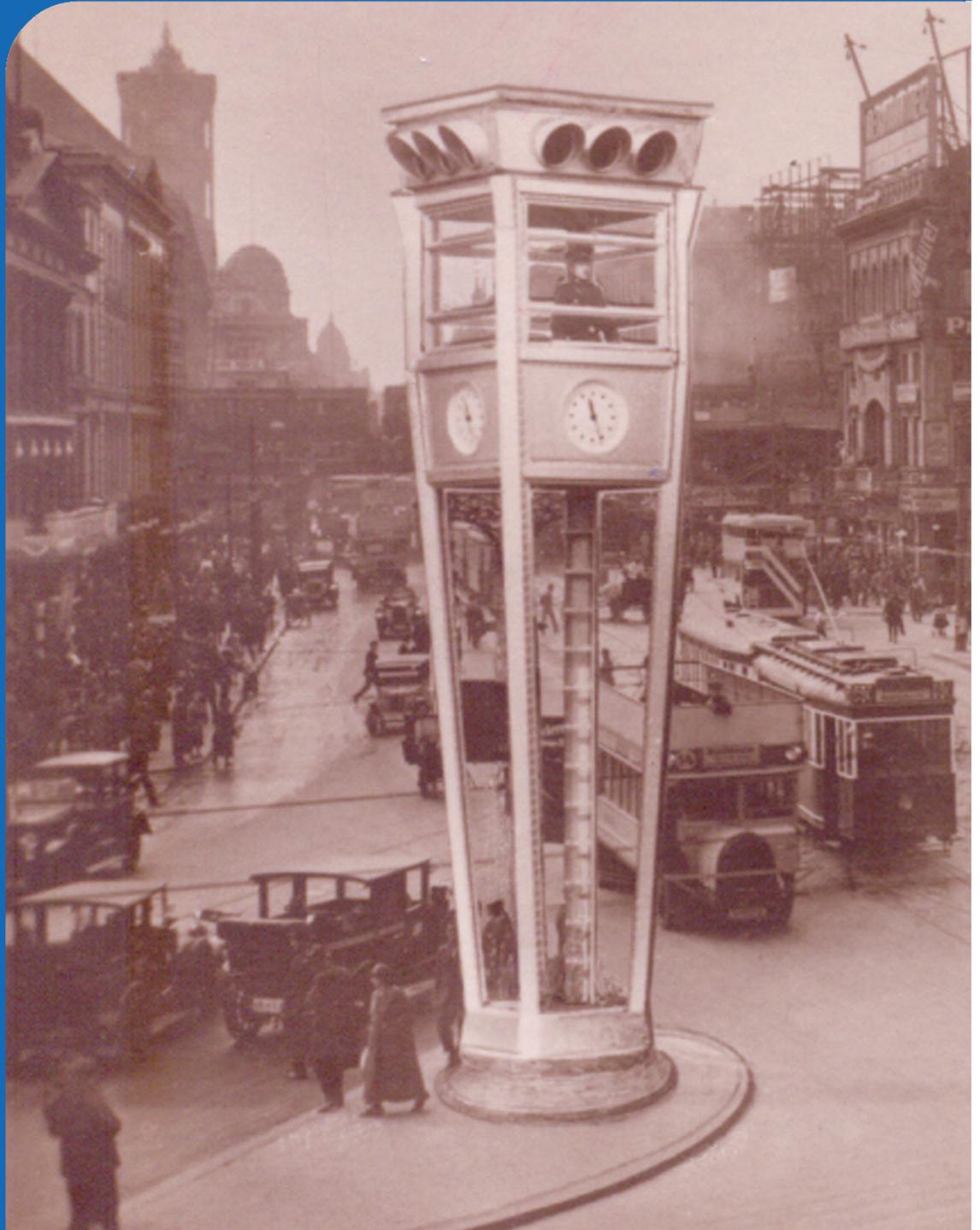




Berliner Polizeihistoriker

aktuell · informativ · historisch

*Informationen für Mitglieder und Freunde
des Förderkreises Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V.*



**Nr. 58
Mai 17**

*Ein Verkehrsturm auf'm Alex?
Lesen Sie mehr darüber ab Seite 15.*

Liebe Mitglieder und Freunde des Förderkreises Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V.!

Wenn Sie die aktuelle Ausgabe unserer Publikation lesen, gehört der 1. Mai 2017 auch schon wieder der Vergangenheit an. Dann werden wir wissen, wie er zumindest aus polizeilicher Sicht verlaufen ist – 30 Jahre nach der gewalttätigen Eskalation am Feiertag des Jahres 1987 im Westteil des damals noch geteilten Berlin. 1987 bestimmten mehrere Themen die Lage im Bezirk. Gerade der Ortsteil SO 36 im Bezirk Kreuzberg schien vom Rest der damaligen Halbstadt abgehängt. Wolfgang Wieland, damals Fraktionschef der Alternativen Liste (AL) im Abgeordnetenhaus erinnert sich: Der Winter war extrem kalt, das Sozialamt verteilte Kohlenbeihilfen an die Menschen. Gleichzeitig lief im Fernsehen die 750-Jahrfeier im ICC mit dem größten Buffet Europas. Dazu kam die anstehende Volkszählung, die Linke boykottieren wollten, und die polizeiliche Durchsuchung des Büros der „Initiative Volksauszählungs-Boykott“ am Morgen des 1. Mai im Mehringhof.

In seiner Dokumentation „Der 1. Mai 1987 – Demaskierung eines

Mythos“ (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e.V., Band 20, Verlag für Polizeiwissenschaft) beschreibt unser Mitglied Michael Stricker, dass das Geschehen am 1. Mai 1987 als eine regelrechte Verkettung von in der Szene aufgestauten aktuellen Reizthemen, der erfolgten Durchsuchung des Mehringhofs sowie der sich spontan ergebenden Gelegenheiten zu sehen ist. Dass es zu Störungen und Gewalttätigkeiten kommen könnte, wurde von der damaligen Einsatzleitung in Betracht gezogen. Dass die Gewalttätigkeiten aber derart eskalieren und die rückblickend betrachtet viel zu wenigen Einsatzbeamten vor fast unlösbare Probleme stellen würde, wurde nicht vorhergesehen.

Die in den frühen Abendstunden begonnenen und über mehrere Stunden zunehmend ausgeweiteten Ausschreitungen waren trotz aller mittlerweile aus dem gesamten Stadtgebiet (Berlin West) zusammengezogenen Einsatzkräfte nicht in den Griff zu bekommen. Dies erforderte eine zusätzliche Alarmierung von Polizeikräften, die nach dem

friedlichen Verlauf der Versammlungen bereits aus dem Einsatzgeschehen entlassen waren und sich im Feierabend befanden. Denn noch zu dieser Zeit hatte man mit einem ruhigen Verlauf des 1. Mai gerechnet. Die Einheit, der ich damals angehörte (Einsatzbereitschaft (EB) 42), wurde kurz vor Mitternacht ebenfalls alarmiert und meldete, nicht mal eine Stunde später, ihre Einsatzbereitschaft. Weil unsere „Stärke“ zu diesem Zeitpunkt allerdings nur knapp 40 Beamte betrug, wurden wir der EB 41 unterstellt, um fortan mit einer Einsatzstärke von rund 75 Beamten für Raumschutzmaßnahmen eingesetzt zu werden. Nachdem weitere von Zuhause alarmierte Kollegen eingetroffen waren, wurden die Aufträge und Einsatzbereiche durch die mittlerweile geänderte Einsatzleitung neu formuliert und die Einsatzbereitschaften gemäß ihrer eigentlichen personellen Gliederung verwendet.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Aktivisten und Anwohnern mit der Polizei dauerten bis in die frühen Morgenstunden. Die Bilanz dieses unerwarteten Gewaltausbruchs war erschreckend und ernüchternd: Fast 200 verletzte Polizisten, vier verletzte Feuerwehrmänner, fast 50 beschädigte Einsatzkraftfahrzeuge, über 50 Festnahmen. Und hohe Sachschäden — 34 Geschäfte

wurden geplündert und zerstört. Die „Bolle“ Filiale in der Wiener Straße, von der nur eine ausgebrannte Ruine blieb, wurde zum Sinnbild für die Geschehnisse am 1. Mai 1987. „Normale“ Bürger räumten den Lebensmittelladen leer und nahmen mit, was sie konnten. Nach der Plünderung brannte das Geschäft aus. Erst viele Jahre später wurde bekannt, dass kein Randalierer, sondern ein Pyromane die Gunst der Stunde genutzt und den Brand gelegt hatte.

Bedauerlicherweise sah sich die Polizeihistorische Sammlung (PA FB II 311) veranlasst, eine geplante Podiumsdiskussion am 4. Mai 2017 zum Thema „Polizei und 1. Mai“ aus organisatorischen Gründen abzusagen, auch weil seitens der Polizeiakademie für derartige Veranstaltungen künftig eine schriftliche Konzeptionierung und vorherige Abklärung „auf dem Dienstweg“ gefordert ist. Für die betreffende Veranstaltung hätte die zur Verfügung stehende Vorbereitungszeit nicht mehr ausgereicht.

Dass ich der Kolumne dem 1. Mai 1987 einen breiten Raum widme, liegt zum einen am 30. Jahrestag der Maikrawalle. Zum anderen aber an den vielfältigen Bemühungen, derartigen Gewaltexplosionen angemessen, besonnen und nachhaltig zu begegnen. Einen wesentlichen

Beitrag leistet das Netzwerk „Myfest“, ein Bündnis aus Anwohnern, Gewerbetreibenden und bürgerschaftlichen Initiativen, das vor allem die Bereiche um das Kottbusser Tor, den Heinrichplatz und die Oranienstraße mit friedlichen Menschen in Festatmosphäre überziehen soll, um potentiellen Gewalttätern weniger Raum zu lassen. Der seit 2003 zunehmend friedlichere Verlauf der Kreuzberger Maifeiern wird in erster Linie dem bürgerlichen Engagement des Myfestes zugeschrieben.

Aber auch die Einsatzeinheiten der Polizei Berlin, die durch fortlaufend entwickelte und angepasste Strategien und Einsatztaktiken etwaiger Gewalt angemessen begegneten, haben einen großen Anteil dazu beigetragen. Die „neue“ Bereitschaftspolizei mit ihren Einsatzhundertschaften kann in diesem Jahr mit großem Stolz auf erfolgreiche 25 Jahre zurückblicken. Die Direktion Einsatz wird dies zum Anlass eines Festaktes am 19. September 2017 und einer sich daran anschließenden dreiwöchigen Ausstellung im Foyer des Polizeipräsidiums nehmen. Der Förderkreis hat dem Direktionsleiter, unserem Mitglied DPPr Siegfried-Peter Wulff, die volle Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung zugesichert.

Auch ein Jubiläum, nämlich den 65. Jahrestag seit Gründung der „alten“ Bereitschaftspolizei, erlebten am 1. Februar 2017 insgesamt 116 ehemalige Kameraden der Jahre 1952 bis 1967, die sich bei einem gemeinsamen Treffen in Berlin an ihren Start ins Berufsleben eines Polizeibeamten und die Zeit bei der BePo erinnerten. Leider sah sich von offizieller Seite niemand veranlasst, die Verdienste der mittlerweile in die Jahre gekommenen aber von ihrer inneren Haltung immer noch der Berliner Polizei zugewandten Kameraden, angemessen zu würdigen. Der langjährig als ehrenamtlicher Mitarbeiter der Polizeihistorischen Sammlung tätige Friedrich Sander brachte in einem Brief an den Förderkreis sein Unverständnis zum Ausdruck, dass weder die Anregungen für eine Ausstellung über die Bereitschaftspolizei noch die Teilnahme eines Behördenvertreters an dem besagten Treffen möglich war. Er führt aus, dass sich die „Alt-BePo“ über eine solche wertschätzende Geste sehr gefreut hätten. Der Stimmung am 1. Februar tat das offenbar keinen Abbruch, denn es wurde viel diskutiert, geschimpft und über manch einen „Jugendstreich“ gelacht. Darüber hinaus konnten sich die Teilnehmer anhand einer liebevoll gestalteten Schautafel interessante Themen, vor allem über die damalige III. Abteilung, in Erinne-

rung rufen. Rundum eine gelungene Veranstaltung, auf die sie zu Recht stolz sein können!

Mit großer Freude erreichte uns die Nachricht, dass unser Förderkreismitglied Klaus Keese Anfang März 2017 als ehrenamtliches Mitglied in den Stiftungsrat der v.-Hinckeldey-Stiftung Berlin berufen wurde. Wir wünschen ihm sowie der uns ebenfalls eng verbundenen Stiftung viel Fortune bei der gemeinsamen Vermittlung der (Geschichts-)Entwicklung von der Königlich-Preußischen Schutzmannschaft bis hin zur heutigen Polizei als Garant der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Nicht nur, aber auch am 1. Mai.

Unsere diesjährige Jahreshauptversammlung fand am 23. März statt. Insgesamt 68 Mitglieder hatten den Weg in die Polizeihistorische Sammlung gefunden. Danke für das zahlreiche Erscheinen und die gewinnbringenden Gespräche, die auch eine solche, von notwendigen Formalismen bestimmte Veranstaltung so wertvoll machen.

Nachdem eingangs den verstorbenen Mitgliedern Gerhard Pordzik, Wolfgang Pagel und Werner Förster gedacht wurde, wurde unser Förderkreismitglied Peter Kleinhans für seine 25-jährige Mit-

gliedschaft und sein darüber hinausgehendes langjähriges Engagement als Marktbeobachter geehrt.

Als neue Mitglieder konnten wir Wolfgang Knorr, Joachim Hausmann, Hans-Joachim Bartels, Benjamin Wolff, Birgit Wiese, Ingo Grupp, Ernst Mäfers, Alexander Tiede und Wolfram Kempe begrüßen. Unter Berücksichtigung von vier Austritten weist unser Verein einen Mitgliederbestand von 192 aus. Nach den Berichten des Vorsitzenden und des Schatzmeisters sowie der Kassenprüfer wurde der Vorstand entlastet.

Weiter ging es mit dem erfreulichen Bericht von Jens Dobler über Neuigkeiten in der Polizeihistorischen Sammlung sowie einer Übereignung seltener Dokumente, die aus der Zeit zwischen 1900 und 1918 vom Gendarmerieposten in Teltow stammten. Diese hatten der anwesende Thomas Kopke und dessen Lebensgefährtin aus Reichwalde in Sachsen beim Renovieren ihres Hauses in Decken und Fußböden gefunden.

Dass die Jahreshauptversammlung bei den anwesenden Mitgliedern dennoch einen leider faden Beigeschmack hinterließ, lag im Rücktritt unseres stellvertretenden Vorsitzenden Harold Selowski begründet. Die Verdienste, die Harold

Impressionen von der Jahreshauptversammlung



Selowski für die Polizei Berlin und darüber hinaus seit mehr als 26 Jahren für den Förderkreis leistete, würdigte in dessen Abwesenheit der Vorsitzende in einer Laudatio, die unter dem Applaus der anwesenden Teilnehmer bestätigt wurde. Das nunmehr vakante Amt wird bis zur Wahl eines neuen Vorstands im Frühjahr nächsten Jahres dankenswerter Weise kommissarisch durch Bernd Maaß wahrgenommen. Weil der Wunsch von Mitgliedern an mich herangetragen wurde, mehr über die persönlichen Gründe des Rücktritts von Harold Selowski zu erfahren, gebe ich Ihnen ein Schreiben (s. S. 8) zur Kenntnis, in dem er seine Beweggründe darlegt.

Mit einem erfreulichen Abschluss möchte ich diese Ko-

lumne beenden. Durch Beharrlichkeit und hilfreiche Unterstützung unseres Webmasters Matthias Olt ist es gelungen, die Beschilderung im U-Bahnhof Platz der Luftbrücke durch die BVG neu gestalten zu lassen. Dabei wurde neben einem aktualisierten Hinweis auf die »Beratungsstelle Einbruchschutz« auch ein wichtiger Wegweiser auf die Polizeihistorische Sammlung realisiert (s.S. 32). Wieder einmal ein Beweis für die unterstützende Öffentlichkeitsarbeit des Förderkreises für die Polizei Berlin.

Auf Ihre weitere Mitarbeit hoffe ich und in diesem Sinne verbleibe ich Ihr


René Behrendt
Vorsitzender

Wichtiger Hinweis:

Änderung des Telefon- und Faxanschlusses
für die Polizeihistorische Sammlung

— PA FB II 311 —

Telefon 0 30 46 64-76 23 50

Fax: 0 30 46 64-76 23 98

Lankwitz: 030 46 64-76 91 17

Harold Selowski: Deshalb habe ich mein Amt als stellvertretender Vorsitzender niedergelegt

Insbesondere haben für mich folgende Gründe zur Aufgabe des Amtes als stellvertretender Vorsitzender des Förderkreises Polizeihistorische Sammlung e. V. geführt:

Nach Jahren des Stellenabbaus will die Polizeibehörde nunmehr verstärkt Nachwuchs auch für den zunächst mittleren Polizeivollzugsdienst einstellen. Unter anderem um die Durchfallerquoten zu minimieren und nicht weiteres Personal aus den unterbesetzten Basisdienststellen der Exekutive für Aus- und Fortbildung abzuziehen, sollen unter dem euphemistischen Begriff „Polizeiakademie“ die angeblich nur theoretischen Fächer Deutsch, Verhaltenstraining und Politische Bildung zugunsten von „handlungsorientierter Praxis“ minimiert werden. Die beabsichtigte inhaltliche und personelle Aufspaltung der Politischen Bildung kommt sogar einer Zerschlagung gleich.

Dies halte ich für eine gravierende Fehlentwicklung, deren fatale Auswirkungen in Gänze erst dann sichtbar werden, wenn die ersten Jahrgänge dieser Sekundarstufenabsolventen und nun auch defizitär Ausgebildeten in die A und Dir E übernommen werden. Die heute dafür Führungsverantwortung Tragenden, die an schnellen Erfolgswerten interessiert sind, haben dann sicherlich nicht mehr die Ergebnisverantwortung.

Da die Behördenvertreter kompromisslos an der Umsetzung ihrer Ziele festhalten, habe ich mich gemeinsam mit weiteren pensionierten Kollegen an Abgeordnete des ISO-Ausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses gewandt und auf die Problematik hingewiesen.

Bisher ist die Polizeihistorische Sammlung ein Teil der Politischen Bildung. Über die zukünftige organisatorische Anbindung hat die Akademieleitung bis zum heutigen Tag trotz mehrfacher Anfragen keine Auskunft gegeben. Inhaltlich sollen Schulpädagogen ein neues Fach „Polizeigeschichte/Geschichte“ unterrichten.

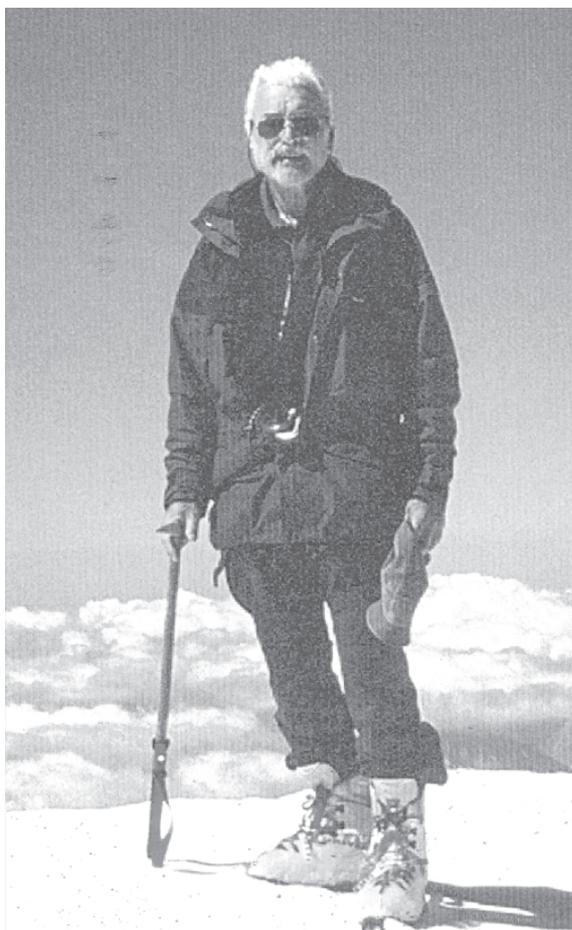
Nach der Neubesetzung der einzigen behördlichen Stelle in der Polizeihistorischen Sammlung kam es nicht mehr zu der intensiven Zusammenarbeit, wie sie in den 28 Jahren zuvor meist praktiziert wurde und ich es insbesondere in Fragen des Tagesablaufes und der weiteren Ausgestaltung gewohnt war. Auch dies hat mich nach nunmehr insgesamt 30 Jahren Aufbau und Begleitung der Sammlung zum Aufgeben besonderer Aktivitäten veranlasst, da sich bei mir der Eindruck verfestigte, sie seien nicht mehr erwünscht.

Schließlich hat der Förderkreis seit seiner Gründung zur Behördenspitze weitestgehend ein einvernehmliches Verhältnis, das sicherlich mit meinem Verbleib an exponierter Funktion in ihm getrübt worden wäre.

Erinnerungen an Gerhard Pordzik, Ltd PD a.D.

von Harold Selowski

Nachdem Polizeidirektor Gerhard Pordzik mehrere Jahre im Dezernat Lagedienst der Berliner Polizei (Dez LD I Ref. DD) seinen Dienst versah, erteilte ihn fast gleichzeitig mit seinem frisch ernannten und zukünftigen direkten Vorgesetzten, dem Leitenden Polizeidirektor Günter Klatt, im Frühsommer 1982, der Ruf zur Lehrabteilung (ZD IV B LAbt) in die Ruhlebener Charlottenburger Chaussee 67. Zunächst als stellvertretender Leiter und ab Oktober 1985 als Nachfolger Günter Klatts war Gerhard Pordzik für die verantwortungsvolle Aufgabe der Ausbildung des zunächst noch West-Berliner und ab 1990 Gesamtberliner mittleren Polizeivollzugsdienstes bis zu seiner Pensionierung am 1. Januar 1992 verantwortlich.



Gerhard Pordziks Bergtouren führten in die Anden, in den Kaukasus und in den Himalaya.

Da die Fachlehrer für „Politische Bildung“ damals ebenfalls im zweiten Stock des Hauses 14, dem Stabsgebäude der LAbt, untergebracht waren, lernte ich Gerhard Pordzik auch sogleich näher kennen. Von hochgewachsener und schlanker Gestalt, strahlte er auf seine Umgebung im manchmal hektischen Tagesgeschäft eine beruhigende Gelassenheit aus. Nicht zufällig lautete eine Schlagzeile der Bildzeitung am 18. Dezember 1991, dass nunmehr der „Vater“ von 5 000 Polizisten (die Gesamtzahl der Auszubildenden in seiner LAbt-Zeit) nach 41 Jahren in den Ruhestand geht. Argumenten gegenüber, auch solchen, die er nicht unbedingt teilte, war er stets aufgeschlossen; im Gespräch vermittelte er seinem Gegenüber immer den Eindruck des zugewandten und persönlichen Interesses für das jeweilige Anliegen. Nie habe ich

ihn laut oder unwirsch erlebt, immer wahrte er die Contenance, obwohl manche feuerzangenbowlenartige Aktion von Auszubildenden, aber auch burleske Eskapaden von Angehörigen des Ausbildungspersonals ein genteiliges Verhalten hätte erwarten lassen.

Woher seine bemerkenswerte innere Einstellung in geradezu stabiler Homöostase rührte, habe ich ihn allerdings nie gefragt. Die Antwort bekam ich beim Lesen seines biografischen Buches „Wo ist Gandhi?“, in dem er seine Kindheit und Jugend, insbesondere die beiden letzten Kriegsjahre 1944 und 1945, schildert.

Im Vorwort seiner im Jahre 2008 erschienenen Publikation führte er an: „Auch nach so langer Zeit kann ich mich gedanklich noch nicht von den schrecklichen Erlebnissen trennen“. Um Derartiges zukünftig zu verhindern, schrieb er „einem inneren Bedürfnis folgend“ seine Erinnerungen für die „Kinder und Kindeskinde“ auf.

Nach dieser authentischen Lektüre glaube ich, dass die meisten Ereignisse, die uns Nachkriegsgeborene aufwühlen und einen Adrenalinstoß versetzen, Gerhard Pordzik nicht mehr echauffieren konnten. Er hatte Schlimmeres erlebt und durchgemacht.

Im Jahre 1950 trat der 19jährige Gerhard Pordzik nach dem Abitur der West-Berliner Polizei mit monatlich 192 DM netto als Anwärter bei; um die Erlangung des Beamtenstatus kämpften damals noch die Berufsvertretungen. 1959 zum Polizeikommissar ernannt, führte ihn sein Weg über mehrere Einsatzkommandos und die Bereitschaftspolizei im Jahre 1970 in den höheren Dienst. Der 1957 geschlossenen

Gruß aus dem Urwald



Einen Gruß aus dem Urwald Papua-Neuguineas schickte uns unser Mitglied Gerhard Pordzik. Auf dem Foto sieht man den ltd.PD a.D. Pordzik mit Perückenmännern. Das sind Papuas, die heiraten wollen und vorher, ihrer Tradition folgend, 18 Monate im tiefsten Urwald leben müssen, ohne sich die Haare zu schneiden. Sie formen ihr Haar, das fest mit dem Kopf verbunden ist, zu Perücken, von denen Pordzik eine bereits abgeschnittene auf seinem Kopf trägt. Es war eine abenteuerliche Reise, auf der Gerhard Pordzik noch den höchsten Berg des Landes, den 4507 m hohen Mount Wilhelm, bestiegen hat. Erstaunlich, was man mit 76 Jahren noch alles so machen kann.

24

Aus dem Urwald von Papua-Neuguinea schickte uns Gerhard Pordzik dieses Foto für den „Berliner Polizeihistoriker“.

Ehe mit Krankenschwester Barbara entstammen zwei Söhne; sein späterer Stolz galt insbesondere den beiden Enkeln.

Neben dem Verfassen von Kurzgeschichten war sein innigstes Hobby das Bergwandern bzw. Bergsteigen. Anlässlich der Weihnachtsfeiern in der LABt, zu denen bis zur Einführung der neoliberalistischen Steuerungsmodelle auch die Pensionäre eingeladen waren, erzählte

er mir von seinen einzigartigen Erlebnissen, vom freien Blick über die unberührte Bergwelt auf den Gipfeln der 4 000- bis 6 000er, die er alle „abarbeitete“.



Mit alten Kameraden unterwegs; Bildmitte Gerhard Pordzik, links PD a. D. Harry Döring mit Gattin Ursula; rechts Ltd PD a. D. Heinz Hübner

Foto: Horst Schramm-Wöhlmann, Ltd PD a. D.



Britischer Besuch in der Lehrabteilung der Berliner Polizei; links ihr Leiter Gerhard Pordzik, rechts sein Vertreter und späterer Nachfolger Rolf Joswig

Die dafür erforderliche robuste Gesundheit und ausdauernde Kondition besaß er lange Jahre. Als interessiertes Mitglied unseres Förderkreises „Polizeihistorische Sammlung Berlin e. V.“ brachte er uns manchmal Bilder von seinen Reisen in die entlegensten Weltgegenden mit.

Am 20. Oktober 2016 ist Gerhard Pordzik von uns gegangen.

Für Fotos und Informationen zur Laufbahn bedanke ich mich bei Rolf Joswig, Ltd PD a. D. sowie unseren Vereinsmitgliedern Eckart Wietstruk und Herbert Sowik, beide PD a. D.

Registrieren Sie sich

Die Webseite des Förderkreis www.PHS-Berlin.de unterteilt sich in jeweils einen öffentlichen und einen geschlossenen Bereich. Einen Zugang in den geschlossenen Bereich erhalten auf Antrag nur ordentliche Mitglieder des Förderkreises.

Als registriertes Mitglied erhalten sie auf der **Internen Startseite** neueste Informationen aus dem Förderkreis. Unter dem Eintrag **Veranstaltungen (intern)** können sie sich über kommende Vereinsveranstaltungen informieren und sich selbst ggf. aktiv an den verschiedensten Projekten beteiligen. Hierzu sind keine besonderen Fähigkeiten notwendig.

In dem **Archiv** können sie kleine Berichte zu den vergangenen Veranstaltungen nachlesen. Zumeist sind hier schon zeitnah kleine Bildergalerien vorhanden. Als Mitglied können sie auch gerne ihr Lob zur Veranstaltung in einem kleinen Kommentar mitteilen. Fast alle der registrierten Mitglieder sind in der **Mitgliederliste** mit einem ansprechenden Profilbild, einer Kurzbeschreibung sowie den selbst freigegebenen Kontaktdaten vertreten.

Viele der vom Förderkreis erstellten Printmedien liegen in digitaler Form vor und werden zum Herunterladen auf dem eigenen Computer, Tablet, usw. angeboten bzw. retrograd nacherfasst.

Wenn sie neugierig geworden sind, wenden sie sich an den Vorstand zur Beantragung eines Zugangsprofils oder melden sie sich direkt bei mir:

Matthias Olt
+49 030 4664 926410 (Mo-Fr, 9-15 Uhr)
Webmaster@Phs-Berlin.de

Die Taschenversammlung

Gestatten Sie, dass ich mich vorstelle. Ich bin eine Herrenhandtasche, eine aus Leder, nicht so eine billige, schwarz und von meinem Eigentümer, der mich sicher schmerzlich vermissen wird, gut gepflegt.

Nun werden Sie fragen, wie ich hier in diese Taschenversammlung bei der Kriminalpolizei komme und was es mit dieser Versammlung auf sich hat.

Ganz einfach. Ich bin geklaut worden, so wie die anderen Taschen, die mit mir hier auf dem Tisch liegen, auch. Was machen wir hier auf dem Tisch bei der Kripo? Wir warten alle auf unsere Eigentümer, denen wir „abhandengekommen“ waren. Sie sollten mal sehen, wie bunt die Gesellschaft ist. Da gibt es Brieffaschen in allen Farben und in allen Materialien, Kosmetiktäschchen, Geldbörsen — eine Art Verwandte von uns Taschen. Insgesamt sind wir 108 Stücke.

Meine Geschichte kann ich Ihnen schnell erzählen. Mein Eigentümer ist sehr sportlich und da ich ihn immer begleite, hatte er mich an jenem Freitag mit in die Sporthalle zu einem Meisterschaftsspiel mitgenommen. Während er sich auf dem Sportfeld, vergnügt lag ich achtlos in seiner Sporttasche. Ich hatte alles bei mir, was mein Eigentümer soieraucht:

Ausweis, EC-Karte, Kreditkarte und, was mich immer ärgert, leider auch auf einem Zettel die Geheimnummern zu seinen EC-Karten, da er sich die vielen Nummern nicht merken kann. Aber fast alle Taschenkollegen wussten auch zu berichten, dass meistens die begehrten Karten auch nicht in einer gegen elektronischen Datenklau gesicherten Hülle sind.

So lag ich da und wurde plötzlich von einer mir völlig unbekanntem Person aus der Tasche genommen. Der Mensch steckte mich in einen Einkaufsbeutel und da traf ich schon meine ersten Kollegen. Später in einer Wohnung hat der Mensch dann alle Karten an sich genommen. Leer blieb ich dann in einem Karton mit meinen Leidensgenossen liegen, bis die Kriminalpolizei mich mitnahm. Das war aufregend. Manch eine wurde aus dem Auto geklaut, andere der Geldbörsen aus Einkaufs- oder Manteltaschen. Einige Brieffaschen und Geldbörsen wurden aus Herren Taschen oder Handtaschen in Büros geklaut, auf der Rolltreppe, in Verkehrsmitteln, aber auch in Krankenhäusern. Einige hatten auch Schnittverletzungen, weil die Täter mit der Rasierklinge an der Kleidung zu Werke gingen, um an eine Geldbörse zu gelangen. Alle hatten mit mir etwas gemeinsam: sie enthielten,

wie ich, Bargeld und die offenbar sehr beliebten Plastikkarten wie Krankenkassenkarten, EC Karten, Kreditkarten. Alles Karten, die man auf dem Markt der bösen Buben letztlich zu Geld machen kann. Dem Internet sei Dank!

So lieg ich hier herum und warte. Unser Problem liegt darin, dass wir ja keine Daten zur Person des Eigentümers mehr bei uns haben. Diese Daten brauchten unsere bösen Buben, um die Konten zu plündern.

Friedrich Sander

Polizei-Senioren helfen und beraten Senioren Ehrenamtler*innen gesucht!

Das Team für Seniorensicherheit der Berliner Polizei hat uns gebeten, nachstehenden Aufruf abzu- drucken. Wir kommen dieser Bitte gerne nach.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie sind kurz vor der Pensionierung oder kennen pensionierte Kolleginnen und Kollegen, die sich gerne noch ehrenamtlich mit ihrem beruflichen Erfahrungsschatz einbringen wollen?

Seit 1999 gibt es bei LKA PräV das Projekt „*Polizei-Senioren helfen und beraten Senioren*“. Die Kolleginnen und Kollegen der „ersten Stunde“ des Projektes werden weniger - wir suchen Verstärkung!

Wir sind mit Informationsständen vertreten auf Messen und Ausstellungen, halten Vorträge zum Schutz vor

Taschendiebstahl, Schutz an der Wohnungstür (Trickbetrüger: falscher Handwerker, falscher Polizeibeamter etc.) und Verhalten am Telefon (Gewinnversprechen, Enkeltrick etc.).

Wir wollen mit dazu beitragen, dass ältere Menschen sicherer leben.
Jede verhinderte Tat ist ein Erfolg!

Wir dürfen Ihnen versichern: Sie haben es mit dankbaren und polizei- freundlichen Bürgerinnen und Bürgern zu tun – ein Ehrenamt, das Freude macht!

Für Fragen sind wir unter den Telefonnummern 46 64-97 92 12/16/17/22 und per E-Mail über Seniorensicherheit@polizei.berlin.de

Ihr Team für Seniorensicherheit
*Hans Hoffmann, Monika Weiß,
Michael Kühl*

Die Bitte des Teams für Seniorensicherheit

- Wenn Sie sich angesprochen fühlen, freuen wir uns über eine kurze Nachricht und laden Sie zu einem unverbindlichen Informationsgespräch ein.
- Sie wollen nur unsere Informationsbroschüren „Sicher Leben“, „Sicher zu Hause“, unsere gelben Türanhänger oder unseren Telefonaufkleber „Vorsicht Enkeltrick“ an Angehörige oder Bekannte weiterreichen? Eine kurze Nachricht per E-Mail oder Telefon genügt.
- Wir freuen uns auch, wenn Sie auf unsere monatlichen Bürgerberatungen (jeweils am letzten Dienstag eines Monats www.berlin.de/polizei/aufgaben/praevention/senioren/) oder auf die Veranstaltungen des Präventionstheaters www.berlin.de/polizei/dienststellen/polizei-in-den-bezirken/direktion-2/artikel.80923.php hinweisen.

Verkehrsturm auf dem Alexanderplatz?

Irritierend vielleicht, aber der Gedanke, dass die Postkarte mit dem Bild eines Verkehrsturms auf dem Alexanderplatz (Aufnahme vor 1929) eine „postfaktische“ Information darstellt, ist so abwegig nicht.

„Berlin, Alexanderplatz mit neuem Verkehrsturm“. In der zur „Langen Nacht der Museen“ in unserer Sammlung gezeigten Sonderausstellung „Bitte Frankieren! Ein Streifzug durch die Berliner Polizeiphilatelie“ war die auf der nächsten Seite abgebildete Postkarte aus der Sammlung von

Horst Deitrich ausgestellt. Sie löste bei mir die Frage aus, ob es den Verkehrsturm tatsächlich gegeben hat. Zumal der auf der Postkarte abgebildete Turm wie hineinkopiert wirkt. Auf der Rückseite der Karte wird jedoch behauptet: *„Die Erbauer des neuen Verkehrsturms sind Dr. P. Mahlberg u. Architekt H. Kosina“.*

Bei meinen Recherchen im Internet öffneten sich ausschließlich Informationen zum 1924 auf dem Potsdamer Platz errichteten Verkehrsturm. Soll-

Fortsetzung Seite 18



Verkehrsturm auf dem Alexanderplatz?



Der für den Alexanderplatz geplante Verkehrsturm auf der Polizeiausstellung 1926.

Fortsetzung von Seite 15

te dies ein Hinweis darauf sein, dass es den Verkehrsturm auf dem Alexanderplatz tatsächlich nicht gegeben hat?

Als ich den Namen des auf der Postkarte genannten Architekten eingab, wurde ich endlich fündig. Heinrich Kosina hatte am Bau des Flughafens Tempelhof mitgewirkt. 1924 bis 1927 entstanden drei große Flugzeughallen mit Werkstätten nach Plänen der Architekten Paul Mahlberg und Heinrich Kosina. Zum Verkehrsturm fanden sich zwei Hin-

weise: In der Fachzeitschrift „Beilage zum Baumeister Jan. 1933 (Monatshefte für Baukultur und Baupraxis Heft 6)“ wird der Verkehrsturm in Eisen von Kosina erwähnt. In dem Buch „Neuzeitlicher Verkehrsbau“ herausgegeben von H. Gescheit und K. O. Wittmann (1931) befindet sich die auf dem Titelblatt wiedergegebene Abbildung des Verkehrsturms für den Alexanderplatz.

Aber gab es ihn nun faktisch? Dass die Antwort in unserem eigenen Archiv schlummerte, ahnte ich nicht.

Marisa Schulz, die junge Praktikantin in unserer Sammlung, machte den entscheidenden Fund: Auf der Großen Polizei-Ausstellung 1926 in den Messehallen war der Turm prominent ausgestellt gewesen. In unseren Unterlagen zur Polizeiausstellung 1926 fand sich ein ausführlicher Bericht aus einer nicht genannten und datierten Tageszeitung über den Verkehrsturm.

„Berlins zweiter Verkehrsturm. Wahrscheinlicher Standort: Alexanderplatz – Verbesserungen gegenüber dem Verkehrszeichen auf dem Potsdamer Platz“. So die Überschrift. In die Entwicklung und Planung des in der Ausstellung gezeigten Verkehrsturms waren die Erfahrungen mit dem Verkehrsturm auf dem Potsdamer Platz eingeflossen. Hier die Wiedergabe einiger Fakten:

- Der Turm hatte eine Höhe von 7,80 Metern.
- Während der Lampenkopf eine Breite von 1,80 Metern hatte, hatte der Fuß nur eine Breite von 80 Zentimetern.
- Die Fenster erlaubten einen Ausblick nach allen Seiten.
- Die Reinigung der Scheiben war von innen möglich.

- Die Haube des Turms trug die zwölf Signallampen (drei nach allen Seiten).
- Unfälle, Unruhen, Feuer usw. konnten durch Signale an die zuständigen Dienststellen gemeldet werden.
- Es gab Verbindungsleitungen zum nächsten Polizei- und Feuermelder.
- Durch eine Sprachrohranlage bestand zwischen dem Turmbeamten und dem Verkehrsbeamten auf der Straße eine Verbindung.
- Eine verstellbare Spiegelanlage ermöglichte die Übersicht zu den rückwärtsgelegenen Straßen.
- Ein Ventilator an der Decke sorgte für eine gründliche Belüftung.
- Alle notwendigen Leitungen wurden durch die hohlen Füße heruntergeführt.

Der in der Überschrift angedeutete wahrscheinliche Standort Alexanderplatz ist nie realisiert worden. Die historische Postkarte vermittelt also fälschlich den Eindruck, dass es auf dem Alexanderplatz einen Verkehrsturm gegeben hätte. Postfaktisch eben!

Hartmut Pech

Männerchor sucht Männerstimmen!

- Proben jeden Donnerstag von 18:00 - 20:15 Uhr
- Wo? In der Polizeidirektion 5
Friesenstr./ Eingang Golßener Str. 6, Kreuzberg
- Polizeizugehörigkeit kein Muss
- Chorerfahrung von Vorteil



Singen ist Leben!

E-Mail: polizeichor@berlin.de • Telefon: 0152 - 37 73 78 16

www.polizeichor-berlin.de

„Sturm auf die Stasi-Zentrale“

In der öffentlichen Diskussion gibt es zum so genannten „*Sturm auf die Stasi-Zentrale*“, am 15. Januar 1990 in Berlin-Lichtenberg heute immer noch verschiedenste widersprüchliche Aussagen und Interpretationen. Sehr oft wird gefragt, wer das Tor in der Normannenstraße geöffnet hätte, ob es eine zielgerichtete Lotsung der aufgebrachten Menge gab und ob dort die Volkspolizei nur als „Staffage“ für die Pläne der MfS-Generalität benutzt wurde. Auch die Fragen, ob das Bürgerkomitee aus verschiedenen DDR-Bezirken im Inneren des MfS-Objekts sich demokratisch gebildet hatte, wer dort den Koordinator des Bürgerkomitees berufen hatte, wel-

che Rolle ausländische Geheimdienste spielten und ob die Berliner Volkspolizei (VP) den dort noch tätigen Mitarbeitern des MfS/AfNS die Sicherheit verweigerte und den Gebäudekomplex ohne Schutz zum Plündern frei gegeben hätte. Fragen über Fragen, die bei der historischen Aufarbeitung dieses Ereignisses immer noch von Bedeutung sind. Freundlicher Weise haben sich der ehemalige Präsident der Volkspolizei Berlin, Chefinspekteur a. D. Dirk Bachmann, sowie unser Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Gräfe bereit erklärt, im nachfolgenden Artikel Antworten darauf zu geben.

Jens Dobler

Vorgeschichte des „Sturms auf die Stasi-Zentrale“

In der DDR hatten der Zentrale Runde Tisch (ZRT) am 7. Dezember 1989 und die Modrow-Regierung nachfolgend am 14. Dezember 1989, Maßnahmen und einen Zeitplan zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und dessen Nachfolgeeinrichtung „Amt für Nationale Sicherheit“ (AfNS) beschlossen. Von der beabsichtigten Bildung eines neuen Verfassungsschutzorgans und Auslandsnachrichtendienstes nahm damals die DDR-Regierung aufgrund von Protesten der Bürgerbewegungen Abstand. Die Leitung des

AfNS hatte bereits am 7. Dezember 1989 erklärt, dass ihre Zentrale für Kontrollen der Bürgerrechtler geöffnet sei. Diese hatten also ab diesem Tag legalen Zugang zu den Räumen der Geheimdienstzentrale und waren auf einen „Sturm“ bzw. Überfall nicht angewiesen.

Die Volkspolizei wurde von der DDR-Regierung mit gleichem Beschluss beauftragt, die Sicherung der Dienstobjekte, Gebäude und Anlagen des Geheimdienstes zu übernehmen, was seit diesem Zeitpunkt mit einem großen personel-

len Aufwand realisiert wurde. Der Auftrag zur Sicherung der Objekte durch die VP beinhaltete die Gewährleistung der äußeren Sicherheit, die Unterbindung des unbefugten Betretens oder Verlassens der Objekte, nicht aber die Kontrolle der Taschen der Mitarbeiter oder Diensträume. Damit verbunden waren auch nicht die Überwachung der verbliebenen Geheimdienstmitarbeiter und die Verhinderung von Aktenvernichtungen. Das waren damals bis zur vollständigen Auflösung des MfS/AfNS Aufgaben in Zuständigkeit der Bürgerkomitees und der Arbeitsgruppe Sicherheit des „Zentraler runder Tisch“ (ZRT) bzw. des Staatlichen Komitees sowie des Beauftragten der DDR-Regierung. Insofern ist der spätere Vorwurf von Historikern, dass „unter den Augen bzw. hinter dem Rücken der Polizei“ Akten vernichtet oder außer Landes geschaffen wurden, nicht zu akzeptieren. Die VP konnte demzufolge wegen ihrer von der Regierung exakt definierten Aufgaben nicht als „Staffage“ für die Ziele der Führung des MfS/AfNS missbraucht werden, wie das gelegentlich behauptet wurde. Sie erfüllte lediglich die ihr vom Innenminister übertragenen Auftrag nach besten Wissen und Gewissen.

Die Anweisung der DDR-Regierung vom 14. Dezember 1989 besagte weiterhin, dass die teilweise noch laufende Aktenvernichtung durch

Mitarbeiter des AfNS sofort einzustellen war. Vorhandene Schredder u. a. Dokumentenvernichtungsgeräte wurden versiegelt. Der ehemalige Leiter der Hauptverwaltung Ausbildung (HVA), Generaloberst Großmann, erklärte in einem Interview am 10. Januar 2005, dass im Januar 1990 bereits zwei Drittel der Akten der HVA „geschreddert“, also vernichtet waren. In den sonstigen Bereichen des Geheimdienstes ist der Anteil der vernichteten Akten noch größer gewesen, wie später der letzte Innenminister der DDR, Peter M. Diestel, einschätzte. Zu diesem Zeitpunkt sollen ca. 50 Prozent der Mitte 1989 noch vorhandenen Dateien vernichtet worden sein. Bis Ende März 1990 waren mit Billigung des ZRT und der AG Sicherheit am 19. Januar 1990 alle Unterlagen der HVA vernichtet. In seinem Beschluss vom 19. Januar 1990 entschied der ZRT zusätzlich die Vernichtung von Datensätzen über sechs Millionen Menschen, die alle in der Zentralen Personen- und Datenbank (ZPDB) gespeichert waren.

Bereits am 27. Dezember 1989 wurde durch den ZRT eine „AG Sicherheit“ mit weitreichenden vom ZRT übertragenen und zum Teil selbst verliehenen Rechten und Befugnissen zur Überwachung der Auflösung des AfNS gebildet. Der DDR-Geheimdienst war daher in seinen Räumen schon längst nicht

mehr Herr der Lage. Die MfS-Angehörigen sind dadurch in ihrer Bewegungsfreiheit enorm eingeschränkt worden. Vieles war also Mitte Januar 1990 im Gange und öffentlich bekannt, was der Auflösung des DDR-Geheimdienstes diente. Insofern bedeutete die Aktion des Neuen Forums (NF) am 15. Januar 1990 in Wirklichkeit nicht das „Ende des DDR-Geheimdienstes“ oder den Anfang dieser Entwicklung. Das MfS/AfNS befand sich bereits einige Wochen im Prozess der Auflö-

sung, der in Januar 1990 noch nicht abgeschlossen war. Der Vorfall an der „Stasi-Zentrale“ in der Normannenstraße am 15. Januar 1990, später „Sturm auf die Stasi-Zentrale“ genannt, hatte daher in diesem Sinne mehr oder weniger nur symbolischen Charakter. Diese Aktion hatte allerdings starke öffentliche Aufmerksamkeit erregt und dazu beigetragen, den Druck auf die DDR-Regierung zur schnelleren Auflösung des MfS/AfNS zu erhöhen.

Hans-Jürgen Gräfe

Der „Sturm“ auf die Zentrale des MfS/AfNS am 15. Januar 1990

Mythen und Legenden sind zäh und hartleibig. Das gilt besonders für historische Ereignisse, wie wir an nachfolgendem Beispiel sehen können.

Was war der „Sturm auf die Stasi-Zentrale“? Ein Fake oder eine Farce, ein Mythos oder eine Legende oder aber eine von den MfS-Führungskräften selbst stabsmäßig inszenierte Aktion und ein gesteuertes Ablenkungsmanöver?

In der öffentlichen Diskussion spielte und spielt noch heute ein Ereignis um das Ende des DDR-Geheimdienstes eine umstrittene Rolle: Der so genannte Sturm auf die Zentrale des MfS/AfNS, der angeblich den Untergang und das Schicksal dieser Behörde besiegelte. Eini-

ge der widersprüchlichen und teilweise unwahren Behauptungen möchte ich gern klären.

Mitte Januar 1990 war öffentlich bekannt, dass die Auflösung des DDR-Geheimdienstes bereits im Gange war. Insofern war auch die Aktion des Neuen Forums (NF) am 15. Januar 1990 nicht das Ende des DDR-Geheimdienstes, sondern dieser befand sich schon im Prozess der Auflösung und die Arbeits- und Funktionsfähigkeit des MfS/AfNS existierte bereits nicht mehr.

Am Vormittag des 15. Januars 1990 übernahm ein Bürgerkomitee oppositioneller Gruppen und Parteien in einer Sicherheitspartnerschaft mit Staatsanwaltschaft und Kräften der VP-Inspektion Lichtenberg die

Aufsicht im Gebäudekomplex des Amtes für Nationale Sicherheit in der Normannen- und Ruschestraße in Berlin-Lichtenberg, das in den darauffolgenden Monaten die gesellschaftliche Kontrolle über die Auflösung des MfS ausübte.

Überraschend trat am gleichen Tage in der Zentrale des MfS/AfNS ein Bürgerkomitee zusammen, welches sich „spontan“ aus regionalen Komitees der verschiedensten Bezirke rekrutierte. Nach umstrittener Auffassung des Historikers Dr. Bästlein vom Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen Berlin (LbStU Berlin) habe bei der Auswahl und Berufung der Mitglieder dieses Komitees maßgeblich das MfS/AfNS die Hände im Spiel gehabt. Ebenso bei der „Ernennung“ des „Koordinators“ dieses Gremiums, David Gill, heute Staatssekretär und Leiter der Bundespräsidialkanzlei.

Das Neue Forum rief für den 15. Januar 1990 zu einer Protestveranstaltung in Form einer *„Aktionskundgebung gegen Stasi und Nazi“* in der Normannenstraße auf. *„Mit Phantasie und ohne Gewalt“* verbunden mit der Aufforderung *„Bringt Kalk und Mauersteine mit“*, sollte ein symbolischer Akt mit dem Ziel der Einstellung der vermeintlichen Aktenvernichtung und der Tätigkeit der Mitarbeiter des AfNS erfolgen. Dazu erfolgte Tage zuvor eine offizielle Anmeldung der Veranstaltung

beim Präsidium der VP, die (ohne dass der VP der Aufruf *„Steine mitzubringen“* bekannt war) genehmigt wurde.

Eine Sicherheitspartnerschaft zwischen den Initiatoren Ingrid Köppe und Reinhard Schult vom Neuen Forum und der VP Berlin, verbunden mit konkreten Auflagen (u. a. Ordnereinsatz durch Veranstalter), wurde vereinbart. Allerdings erschienen nur 70 der 250 von der VP als eine der Auflagen geforderten Ordner des Veranstalters. Diese kamen dann auch noch fast alle ohne die bei der Groß-Demo auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989 bewährte und vereinbarte Schärpe *„Keine Gewalt“* zum Einsatz. Einen Tag später bestritt Ingrid Köppe in einem Rundfunkgespräch mit dem VP-Präsidenten eine solche Vereinbarung. An diesem Beispiel, wie den folgenden Ereignissen zeigte sich, dass das NF die Geister, die es rief, nicht mehr beherrschte. Zugleich wurden durch uns als VP-Verantwortliche, Wille und Vermögen dieser neugewachsenen politischen Kräfte zur Gewaltlosigkeit überschätzt.

Gegen 17 Uhr waren ca. 40 000 Demonstranten dem Aufruf zur Aktionskundgebung gegen die *„Stasi/Nazi“* gefolgt. Bauarbeiter errichteten eine symbolische Mauer vor den Toren des Objektes. Es herrschte eine zunehmend aufgeheizte

Stimmung. Der Druck der Menschenmassen auf die Tore nahm zu. Die Demonstranten ahnten nichts von den im Innern des Objektes laufenden Vorgängen und der bereits vollzogenen Übernahme der „Macht“ durch das Bürgerkomitee. Inzwischen hatten sich das Berliner Bürgerkomitee und das neuberufene Komitee der Bezirke zusammengesetzt, wobei einige der bezirklichen Vertreter im Verlaufe des Tages eine Mitwirkung ablehnten und abreisten. Angeblich fühlten sie sich hinsichtlich der Art und Weise der Bildung des Bürgerkomitees missbraucht. Der zitierte Historiker Bästlein vom LBfStU schätzte das in einem Vortrag am 3. Dezember 2014 in der Gedenkstätte Berliner Mauer als ein großes Täuschungsmanöver ein.

Der nach dem Rücktritt des Leiters des AfNS, Generalleutnant Wolfgang Schwanitz (am 18. November 1989 noch Nachfolger von Erich Mielke), seit wenigen Tagen von der Modrow-Regierung für die Leitung der Auflösung berufene MfS-Generalmajor Heinz Engelhardt, nahm erstmals gegen Mittag des 15. Januar 1990 telefonischen Kontakt mit dem Autor auf. Er äußerte sich dabei zuversichtlich und zufrieden mit den für Nachmittag vorbereiteten Maßnahmen. Am späten Nachmittag telefonierte er fast panisch erneut mit dem VP-Präsidenten, mit der Bitte

um Verstärkung der Sicherungsmaßnahmen zum Schutz des Objektes. Engelhardt war in großer Sorge um Leben und Gesundheit der dort noch tätigen Mitarbeiter seines Amtes und die Sicherheit der im Objekt aufbewahrten Waffen und Munition sowie vertraulichen Dokumente. Bei den beiden Gesprächen wurde von Engelhardt der Telefonhörer an einen als Sprecher des Bürgerkomitees vorgestellten Herrn Gill übergeben, der die Angaben Engelhardts bestätigte. Der VP-Präsident brachte über den Stab des PdVP, neben den schon eingesetzten drei Zügen Schutzpolizei der VPI Lichtenberg und einer der VP Berlin vom MfIA zeitweilig unterstellten Einsatzkompanie der Hochschule der Volkspolizei Berlin-Biesdorf, noch eine weitere Kompanie der Berliner VP-Bereitschaften zur Verstärkung zum Einsatz.

Deshalb entspricht der später durch den ehemaligen Stellvertreter von Mielke, Generaloberst Werner Großmann, letzter Chef der HVA, erhobene Vorwurf, dass sich Regierung und Berliner Volkspolizei nicht um die Sicherheit der Mitarbeiter gekümmert hätten und die Staatsorgane, insbesondere die VP, damals handlungsunfähig waren, keinesfalls den Tatsachen. Möglicherweise waren die VP-Einsatzkräfte tatsächlich nicht ausreichend auf das an diesem Nachmittag Folgende vorbereitet. Ein Vorgehen der Einsatzkräfte

mit körperlicher oder Waffengewalt gegen wütende Demonstranten, die der Hass auf die Staatssicherheit motivierte, oder ein Einsatz technischer Sondereinsatzmittel wie Wasserwerfer, Tränengas oder ähnliches standen aber auch nicht auf der Agenda der Einsatzkonzeption. Die polizeilichen Einsatzkräfte zu motivieren, den Schutz der Mitarbeiter des MfS und dessen Sachwerte unter Einsatz des eigenen Lebens gegen eine gewaltbereite Menge zu realisieren, war für die VP-Führungskräfte angesichts der komplexen Auflösungserscheinungen in der DDR nur schwer möglich. Schließlich war die Bedrohung des riesigen Gebäudekomplexes, der noch weit über tausend Mitarbeiter und der umfangreichen Waffen und Munition sowie sonstigen militärischen Ausrüstung eines im Januar 1990 bereits entmachteten Organs der Staatsmacht, welches viele in den 40 Jahren seines Bestehens als bedrohlich und furchteinflößend betrachteten, eine Realität. Trotzdem musste die Berliner Volkspolizei alternativlos am Konzept der Gewaltfreiheit festhalten.

Zum anderen hatte die scheinbare Bereitschaft der Veranstalter zur Partnerschaft gewisse Illusionen seitens der Berliner VP geweckt und zu einer Unterschätzung der möglichen Gefahren geführt. Auch wenn dieses Ereignis zweifellos kein Sturm im

Wasserglas war und ein reales gefährliches Szenario darstellte.

Es zeigte sich, dass — durch verschiedene nicht vorhersehbare Umstände beeinflusst — die Aktion des Neuen Forums aus dem Ruder lief und eine Eigendynamik erhielt, die durch die anfangs rund 250 eingesetzten VP-Kräfte nicht mehr zu beherrschen war. Die wenigen Ordner des NF entwickelten kaum eine Präsenz und Wirksamkeit. Am frühen Abend des gleichen Tages wurden alle, auch die an der Sicherheitspartnerschaft beteiligten VP-Einsatzkräfte, von einem plötzlichen Ansturm aufgebrachter Bürger auf das Tor des Objektes in der Normannenstraße überrascht. Die ersten Demonstranten kletterten auf die Mauer neben dem Tor und auf das Tor selbst, wie Original-Videoaufnahmen zeigten. Es ist eine Unwahrheit, wenn später behauptet wurde, dass das Tor unerwartet und ohne Notwendigkeit plötzlich geöffnet wurde. Vielmehr nahm der ungeheure und gefährliche Druck auf die Menschen vor dem Eingangstor Normannenstraße dermaßen zu, dass der Objektkommandant VP-Major Rögner und der vom Bürgerkomitee für den Eingang verantwortlich eingesetzte katholische Thüringer Pfarrer Martin Montag durch Sicherheitskräfte der VPB und Vertreter des Bürgerkomitees das Tor von innen öffnen ließ. Damit sollten Le-

ben und Gesundheit der drängenden Demonstranten geschont werden. Die aufgebrachte Menge, darunter Randalierer mit einer ausgeprägten Zerstörungswut und Plünderer, die Waren aus den Versorgungseinrichtungen des Hauses 18 entwendeten, strömte in das Objekt und beschädigte einen Teil der Räume und Einrichtungen. Insbesondere war das Haus 18, der Versorgungsstrakt, Anlaufpunkt tausender Demonstranten. Eine später behauptete zielgerichtete Lotsung bzw. Kanalisierung oder Ablenkung durch irgendwelche getarnte Insider konnte nicht festgestellt werden, ist aber nicht auszuschließen. Die „Festbeleuchtung“ in diesem Haus kann aber wohl dazu geführt haben, dass die Massen sich dorthin begaben. Von den Demonstranten wurden im Sozialtrakt zum Teil erhebliche Schäden verursacht. Die Schadenshöhe dieses Vandalismus wurde auf ca. eine Million Mark geschätzt. Brisante und vertrauliche Dokumente wurden in diesem Haus aber nicht gefunden. Kleinere Gruppen von Eindringlingen begaben sich zum Gebäude der HV Aufklärung (Haus 15) und der Hauptabteilung II, der Spionageabwehr. Bürotüren und -schränke wurden insbesondere in der Abt. 10 der HA II aufgebrochen. Da die Räume der HVA mit Wissen des Bürgerkomitees und der VP durch 80 eigene Kräfte gesichert

wurden, konnte das dort verhindert werden. Deshalb ist der Diebstahl von vertraulichen Daten, wie beispielsweise der geheimnisumwitterten „Rosenholz-Datei“ aus Panzer- oder Stahlblechschränken äußerst unwahrscheinlich. Die am gleichen Abend einsetzenden Ermittlungen der Kriminalpolizei des PdVP ergaben dazu auch später keine Anhaltspunkte. Ebenso konnten auch keine Beweise für das aktive Mitwirken von westlichen Geheimdiensten wie BND oder CIA verifiziert werden. Die Überprüfung von Hinweisen durch Anwohner auf nördlich des Objektes zeitweilig abgestellte PKW mit westdeutschen Kennzeichen (so u.a. aus Wiesbaden) führte zu keinem Erfolg.

Der Operative Diensthabende (OdH) des PdVP Berlin meldete unverzüglich die Ereignisse an das MfIA und den Innenminister, der wiederum den Ministerpräsidenten Modrow und den im Schloss Niederschönhausen tagenden ZRT ins Bild setzte. Der sich inzwischen wieder im Ministerratsgebäude aufhaltende Hans Modrow erkundigte sich telefonisch beim VP-Präsidenten über die Lage und wurde durch zwei Funkstreifenwagen der Verkehrspolizei unverzüglich zum Ereignisort gelotst. Dort sprach er beruhigend auf die Menschenmassen ein, ohne spürbare Wirkung zu erzielen. Vom ZRT aus Niederschönhausen bega-

ben sich ebenfalls mehrere Vertreter (so u.a. I. Böhme, K. Weiß und R. Eppelmann) zur Geheimdienstzentrale. Den eingesetzten Kräften der VP Berlin gelang es, gemeinsam mit dem Bürgerkomitee und weiteren Bürgerrechtlern, gegen 19:15 Uhr die Lage zu entkrampfen, die Demonstranten aus dem Gebäudekomplex gewaltlos zurückzudrängen und die Situation zu beruhigen.

Der Ablauf dieses Nachmittags und Abends barg eine große Gefahr für Leben und Gesundheit der Beteiligten auf beiden Seiten, aber auch für Sachschäden und sicherheitsgefährdende Verluste von Waffen und vertraulichen Dokumenten. Allein die Aufforderung des NF, Steine mitzubringen, wurde von verschiedenen Demonstranten als Ermutigung zur Gewalt angesehen. Die Erklärung des NF bei der nächsten Sitzung des Runden Tisches, dass dies nur als symbolische Aktion vorgesehen war, wurde von anderen Oppositionsgruppen als naiv und wenig durchdacht bezeichnet.

Das gewaltsame Eindringen in den Gebäudekomplex und die Besetzung eines unwichtigen Gebäudeteils über zwei Stunden aber als „Sturm“, ähnlich wie dem auf die Bastille, zu bezeichnen, würde diese Aktion des NF zu einer Legende erheben und einen unangemessenen und künstlich aufgebauten Mythos

verleihen. Auch der Charakter einer von Geheimdienstlern inszenierten Farce kann durch die VP Berlin nicht bestätigt werden. Es gab keine Erkenntnisse der VP über eine Täuschung der Bürgerrechtler und Demonstranten durch das AfNS. Gegen eine Inszenierung der Staatssicherheit spricht auch die Anmeldung der Veranstaltung durch die renommierten Oppositionellen Köppe und Schult vom NF, die bekanntermaßen keine „Vertrauenspersonen“ des MfS waren.

Am 8. Februar beschloss die Regierung, auch unter dem Eindruck dieses Ereignisses, die Bildung eines „Komitees zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit“. Die Auflösung der Staatssicherheit wurde damit unter zivile Kontrolle gestellt. Die Verantwortung der Berliner VP für die Sicherung des Gebäudekomplexes wurde bekräftigt. Bei der Neuorganisation der weiteren Bewachung der ehemaligen MfS-Objekte war die Volkspolizei gemeinsam mit dem Bürgerkomitee unter Leitung dessen Koordinators David Gill und des Regierungsbeauftragten, Generaloberst Fritz Peter, ehemals Chef der Zivilverteidigung der DDR, sowie des Staatlichen Komitees unter Günther Eichhorn federführend beteiligt und hat einen wichtigen eigenständigen Beitrag zur weiteren Sicherheit an die-

sen Orten geleistet. Das betraf über 60 Objekte in Berlin. Wie sich der Autor erinnert, kam es in den folgenden Wochen und Monaten zu einer sachlichen Zusammenarbeit aller Beteiligten im Rahmen mehrerer Lagebesprechungen und Abstimmungen von Sicherungsmaßnahmen. Durch die VP Berlin wurde die Sicherheit der ehemaligen Dienstobjekte des MfS/AfNS gewährleistet. „Ganz nebenbei“ musste aber auch die Präsenz und Einsatzfähigkeit der Polizei zu Ereignissen auf den öffentlichen Straßen und Plätzen Ostberlins in einer politisch instabilen Zeit gesichert werden. Das war nicht einfach: Für 45 Objekte erfolgte der Einsatz von Offizieren als Objektkommandanten. 20 dieser Objekte und Anlagen wurden rund um die Uhr gesichert. Zur Erfüllung dieser Aufgaben mussten in der Schwerpunktphase täglich 582 Kräfte der Schutzpolizei, der VP-Bereitschaften und von Schulen des MdI eingesetzt werden. Es kam dadurch in der weiteren Folge zu keinen neuen Störungen oder Vorkommnissen, trotz der besonderen Bedeutung der MfS-Zentrale, in der unter Aufsicht weiterhin eine Reihe von Mitarbeitern des AfNS bis zum 30. Juni 1990 tätig waren. Beispielsweise wurde aus den Räumen der HVA im Haus 15 der Normannenstraße noch bis zum 24. Februar 1990 die nach-

richtendienstliche Tätigkeit zum Abschluss gebracht und bis zum 31. Mai 1990 Funkverkehr zu den Agenturen im Ausland unterhalten. Einzelne Mitarbeiter des AfNS arbeiteten auch später noch in diesem Gebäudekomplex bis zum Umzug der Karteien und Akten in die ab 3. Oktober 1990 gebildete Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der DDR (BStU), auch als „Gauck-Behörde“ bekannt.

Eine wichtige Erkenntnis aus diesen Ereignissen war und ist, dass in derartigen Zeiten gewaltiger politischer Umbrüche blindes Vertrauen zwischen Beteiligten gefährlich ist. Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit des Handelns aller Seiten ist unabdingbar, aber aufgrund unterschiedlicher politischer Interessenlagen schwierig umzusetzen. Die damaligen Bürgerrechtler, die von ihren Zielen und Interessen her eine sehr heterogene Gruppe bildeten, traten zweifellos in ihrer Mehrheit für Gewaltfreiheit ein. Die daraus resultierende Sicherheitspartnerschaft, wie sie sich bei der friedlich verlaufenden Großdemonstration von 500.000 am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz erstmals bewährt hatte, bestand sicher auch in der Folge wiederholt ihre Bewährungsproben. Aber mehrfach erwies sie sich als eine einseitige Angelegen-

heit, in der die VP allein gelassen wurde.

Zusammengefasst erwies sich also der sogenannte „Sturm auf die Stasi-Zentrale“ weder als Farce noch war er ein Mythos oder eine Legende, auch wenn das später gern hineininterpretiert wurde. Auch von einer

durch die MfS-Führung stabsmäßig organisierten Ablenkungsaktion und der VP als „Deckmantel“ für die Fortsetzung der Dokumentenvernichtung kann nicht die Rede sein.

*Chefinspekteur a.D. Dirk Bachmann,
letzter Präsident der VP Berlin 1990*

Im Clinch mit Schusterjungen, Hurenkindern und stürzenden Linien

„Mit 17 hat man noch Träume, ..“ beginnt ein Oldi, aber mit fast 80 hat man den Traum von einem ruhigen Lebensabend. Und so möchte auch ich mich aus dem „aktiven Geschäft“ zurückziehen; soll heißen: Ich möchte Gestaltung und Produktionsbetreuung für den »Berliner Polizeihistoriker« und die übrigen Publikationen des Förderkreises in jüngere Hände übergeben.

Deshalb sucht der Vorstand nach einem ehrenamtlichen Nachfolger für mich, der nicht nur Spaß an der Typografie hat, sondern auch weiß, wie man Schusterjungen* und Hurenkinder* beim Layouten umgeht, wie bei Bildern „stürzende Linien“** aufgerichtet werden können und wie und wo bei Bedarf Angebote externer Anbieter eingeholt werden.

Wer Interesse an der gestalterisch-publizistischen Arbeit hat sollte sich beim Fördrekreis Vorstand oder bei Dr. Jens Dobler melden. Dass jede/r Nachfolger/in von mir auf Wunsch eingearbeitet wird, ist selbstverständlich.

Horst Viehoef

*) *Schusterjungen und Hurenkinder sind Fachbegriffe aus der Typografie für Gestaltungsfehler: Als Schusterjunge wird eine am Seiten-/Spaltenende stehende Zeile eines neuen Absatzes bezeichnet, der auf der Folgeseite/-spalte fortgesetzt wird.*

Vom Hurenkind spricht der Setzer, wenn die letzte Zeile eines Absatzes auf die erste Zeile der folgenden Spalte/Seite übergeht.

***) *Stürzende Linien sind bei Fotos beispielsweise Gebäudekanten, die jedoch nicht senkrecht/waagrecht dargestellt sind, sondern sich bei (fiktiver) Verlängerung kreuzen/verjüngen würden.*

Gewinnen Sie dieses Buch

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir den spannenden Kriminalroman
„Und es wird immer wieder Tag“
 von Regina J. Schwenke



Kennen Sie sich aus?

In Ausgabe 57 berichteten wir über die „Speer-Bande“ und eine Schießerei.

Unsere Frage?

In welcher Straße fand die Schießerei statt?

Für die richtige Lösung ist das oben zitierte Buch ausgesetzt. Bei mehreren richtigen Einsendungen entscheidet wie immer das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Einsendeschluss ist der **10. Juni 2017**.

Wenn Sie wissen, wo das war, dann schicken Sie Ihre Antwort auf dem Postweg bitte an den

Förderkreis Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V.

Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin

oder als E-Mail an

FoerderkreisPHS@polizei.berlin.de

oder als Fax an

(0 30) 46 64-76 23 98

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder des Förderkreises mit Ausnahme der Teilnehmer der so genannten Vorstandsrunde.

Die Auflösung der Ausgabe 57

In der Ausgabe Nr. 57 wollten wir von Ihnen wissen, in welchem Jahr die „Köpenickiade“ stattfand.

„1906“ hieß die Lösung!

Die richtige Lösung hatte auch Carsten Müller eingereicht, für den sich die Glücksfee entschieden hat. Herzlichen Glückwunsch dem Gewinner.



Neben einem aktualisierten Hinweis auf die »Beratungsstelle Einbruchsschutz« gibt es jetzt auf dem U-Bahnhof Platz der Luftbrücke auch einen Wegweiser, der auf die Polizeihistorische Sammlung hinweist.
Foto: Matthias Olt



Der Sommer fällt dieses Jahr auf
den 22. Juni
weswegen wir Sie zur
traditionellen Sommerakademie für
**Donnerstag, den 22. Juni 2017, ab
16:00 Uhr**



in die Ponderosa auf dem Gelände der Polizeidirektion 4
(Eiswaldtstraße/Gallwitzallee) einladen.
Neben Jahresvor- und Rückschauen und der Präsentation
der Fahrzeugsammlung bieten wir jede Menge
interessante Gespräche bei kühlen Getränken und
Leckerem vom Grill.
Bitte melden Sie Ihre Teilnahme bis zum 1. Juni 2017
unter der Telefonnummer 46 64-76 23 50
oder per E-Mail an: FoerderkreisPHS@polizei.berlin.de

Impressum: Herausgeber: Förderkreis Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V., Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin-Tempelhof; Telefon 46 64-76 23 50; verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes René Behrendt · Redaktionsteam Dr. Jens Dobler, Hans-Jürgen Gräfe, Horst Viehhofer · Grafische Gestaltung Horst Viehhofer
»Der Berliner Polizeihistoriker« ist das offizielle Organ des Förderkreises Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V.; Eigendruck im Selbstverlag. Erscheinungsweise mehrmals im Jahr. Beiträge, die mit Namen versehen sind, müssen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten. ISSN 1619-8336
Der Förderkreis Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V. lebt von der ehrenamtlichen und freiwilligen Tätigkeit seiner Mitglieder sowie von Spenden und Zuwendungen. Bankverbindung für Beiträge und Spenden: Deutsche Bank, IBAN: DE41100700240459242400